

Klarstellungen zum Manifest „Not In Our Name, Marke Hamburg“

Am 29. 10. haben wir im Gängeviertel ein Manifest vorgestellt, in dem freie Kulturschaffende und Kreative Stellung zum Thema Gentrifizierung und Stadtentwicklung beziehen. Über den massiven Support freuen wir uns sehr. Aus den cirka 260 Erstunterzeichnerinnen und - unterzeichnern sind mittlerweile über 2600 geworden – die Zahl der Unterstützer hat sich in sechs Tagen verzehnfacht. Sehr in unserem Sinne ist, dass längst nicht mehr nur Menschen mit kreativen Berufen unterzeichnen. Schließlich haben wir unsere Rolle als „Kreative“ in Gentrifizierungs- und Aufwertungsprozessen thematisiert, um zu sagen: Die Stadt gehört allen. Wir beanspruchen keine hervorgehobene Stellung, wir kämpfen um Freiräume nicht anders als andere Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt. Deshalb halten wir es für notwendig, ein paar Missverständnissen vorzubeugen, die von politischer und von Medienseite an uns herangetragen werden. Das Manifest ist kein „Künstlermanifest“, kein „Aufschrei“ oder Forderungskatalog von sich vernachlässigt fühlenden Kreativen, die von Politikern an die Hand genommen werden möchten. Wir machen keine Lobbyarbeit damit und verwahren uns gegen Versuche, uns so zu interpretieren – mögen sie auch noch so wohlmeinend sein. All das steht zwar in „Not In Our Name, Marke Hamburg“ bereits deutlich drin, aber vielleicht muss man es nochmals und in Großbuchstaben sagen:

WIR WOLLEN KEINE GÜNSTIGEN ATELIERS ALS ALIBI EINER STADT, DIE NUR FÜR DIE BESSERVERDIENENDEN DA IST.

Insbesondere die GAL scheint „Not In Our Name, Marke Hamburg“ aufgeschreckt zu haben. In gleich zwei Presseerklärungen zum Manifest erklärt die GAL, sie begrüße unsere Kritik, weil sie „das Problem der Gentrifizierung“ selbst „erkannt und benannt“ habe und „intensiv an Antworten darauf“ arbeite. Ehrlich gesagt: Da lachen ja die Hühner. Die GAL hat den Bau der Vattenfall-Fernwärmeleitung durch St. Pauli und Altona durchgewunken und lässt den dortigen Arme-Leute-Grünzug auf Kosten „nicht zukunftsfähiger“ Sozialwohnungen aufschicken. Die GAL unterstützt die Ansiedlung von Ikea in der Neuen Großen Bergstraße massiv und sorgt damit dafür, dass die letzte Arme-Leute-Fußgängerzone in der westlichen inneren Stadt verschwindet. Die GAL hat zwei Monate lang zur Besetzung des Gängeviertels geschwiegen, um nach der Zahlung durch den Investor zu vermelden, es läge jetzt „in seiner Hand zu entscheiden, welche Zukunft die Kunstschaffenden im Viertel haben.“ Ein Wort noch zum Bürgermeister, der sich wünscht „dass diejenigen, die das unterschrieben haben, sich vorher geäußert hätten“: Zum Konzept der unternehmerischen Stadt und der Ideologie des meistbietenden Verhöckerns - in Hamburg eine Erfindung der SPD und heute der ganze Stolz der CDU - gibt es seit vielen Jahren meterweise kritische Artikel, Bücher und andere Publikationen. Eine Literaturliste senden wir gerne zu.

Wer dem Manifest Forderungen ablauschen will, möge doch einfach die Solidaritätserklärung mit den diversen Initiativen und der Recht-auf-Stadt-Bewegung ernst nehmen, deren Forderungen wir uns zu eigen machen – unter anderem: Keine Moorburg-Trasse! Gängeviertel selbstverwaltet! Kein Ikea in Altona! BNQ stoppen! Bezahlbare Wohnungen überall in der Stadt! Keine Privatisierung öffentlicher Räume! Keine Vertreibung von Hartz-IV-EmpfängerInnen aus ihren Wohnungen! Freie Wohnortwahl für Flüchtlinge!

Ted Gaier, Melissa Logan, Rocko Schamoni, Peter Lohmeyer, Tino Hanekamp und Christoph Twickel für die „Not in Our Name, Marke Hamburg“-Initiative